

Claus Vogt Marktkommentar - Ausgabe vom 17. Juni 2016

So kündigt sich eine große Goldhausse an

- **Gold: Die nächste Rakete wird bald gezündet**
- **Perfekt zum Einstieg: Die Goldhausse befindet sich noch in einem sehr frühen Stadium**
- **Nutzen Sie diese außergewöhnliche Chance**
- **Was machen eigentlich ... meine Steuergroschen?**
- **Wie der deutsche Staat die Infrastruktur zerfallen lässt**

Gold steigt auf ein neues Jahreshoch

Liebe Leser,

gestern, am Donnerstag, den 16. Juni stieg der Goldpreis in der Spitze auf 1.319 \$ pro Unze und damit über das bisherige Jahreshoch, aber auch über das Hoch des Jahres 2015. Im Tagesverlauf konnten diese Gewinne aber nicht gehalten werden, so dass Gold den Handel letztlich mit einem Minus von 1% bei 1.282 \$ beendete.

Werfen Sie einen Blick auf den folgenden Chart, um die charttechnische Bedeutung dieser Kursbewegung zu beurteilen. Das Bild, das Sie hier sehen, ist überaus vielversprechend. Denn der gesamte Kursverlauf seit Mitte 2014 ist eine sehr mächtige und wohlgeformte Schulter-Kopf-Schulter-Bodenformation, deren Obergrenze oder Nackenlinie bei gut 1.300 \$ verläuft.

Der jüngste Kursanstieg war demnach lediglich ein weiterer Anlauf an diese Obergrenze, bei dem der entscheidende Ausbruch nach oben aber noch nicht gelungen ist. Der überaus bullischen charttechnischen Konstellation tut diese Bewegung allerdings keinen Abbruch. Im Gegenteil, denn sie verstärkt sogar die Validität und Bedeutung der Bodenformation.

Mächtige Bodenformation kündigt große Goldhausse an: Goldpreis pro Unze in \$, 2014 bis 2016



Hier sehen Sie eine nahezu perfekte und sehr mächtige Bodenformation. Sie kündigt eine große Goldhausse an. Quelle: StockCharts.com

Gold: Die nächste Rakete wird bald gezündet

Ich gehe davon aus, dass der Goldpreis die Nackenlinie seiner Bodenformation bald nachhaltig überwinden wird, und dafür habe ich einen überzeugenden Grund: Am 3. Juni hat mein Gold-Preisbänder-Indikator ein Kaufsignal gegeben. Dabei handelt es sich um das erste Kaufsignal dieses Indikators seit rund vier Jahren!

Dass dieser Indikator, der mir während der Goldhaussa von 2001 bis 2011 hervorragende Dienste im Erkennen mittelfristiger Kaufgelegenheiten geleistet hat, jetzt endlich wieder ein Kaufsignal ausgespuckt hat, ist in zweifacher Hinsicht eine bedeutende Entwicklung:

Erstens bestätigt sie meine Prognose, dass im Dezember 2015 eine neue Goldhaussa begonnen hat. Die sehr ausführliche Begründung dieser Prognose finden Sie übrigens in meiner Krisensicher Investieren Themenschwerpunkt-Ausgabe „Teil II der langfristigen Goldhaussa steht bevor“. Diese Analyse ist Mitte Dezember 2015 erschienen und präsentiert Ihnen 26 Argumente, die für eine Goldhaussa sprechen. Ein weiteres sehr bullisches Argument ist das aktuelle Kaufsignal meines Gold-Preisbänder-Indikators.

Zweitens signalisiert diese Entwicklung die baldige Vollendung der oben beschriebenen Bodenformation, da das erste Kursziel des aktuellen Kaufsignals bei rund 1.340 \$ liegt und damit klar oberhalb der Nackenlinie.

In der am kommenden Dienstag erscheinenden Juni-Ausgabe meines Börsenbriefes Krisensicher Investieren finden Sie eine Beschreibung der Konstruktion dieses mehrstufigen Preisbänder-Indikators sowie eine ausführliche Darstellung, wie ich ihn zur Steuerung der von mir empfohlenen Goldminenaktien-Positionen einsetze.

Perfekt zum Einstieg: Die Goldhaussa befindet sich noch in einem sehr frühen Stadium

Die neue Goldhaussa hat im Dezember 2015 begonnen. Sie ist also noch sehr, sehr jung. Im größeren Bild sehe ich in dieser Haussa den zweiten Teil des langfristigen Bullenmarktes, der im Jahr 2001 eingesetzt hat und durch die zyklische Baisse der Jahre 2011 bis 2015 lediglich unterbrochen wurde.

Im ersten Teil dieses langfristigen Bullenmarktes ist der Goldpreis von 250 \$ auf 1.920 \$ pro Unze gestiegen, er hat sich also fast verachtfacht. Bei den Goldminenaktien sind die Gewinne noch sehr viel höher ausgefallen.

Nutzen Sie diese außergewöhnliche Chance

Für die kommenden Jahre erwarte ich eine ähnliche Entwicklung, die vor allem durch die verantwortungslose Geld- und Staatsschuldenpolitik getrieben sein wird. Je deutlicher das Versagen der Zentralbankbürokraten sichtbar wird, desto extremer werden ihre geldpolitischen Maßnahmen ausfallen. Denn freiwillig werden sie den geldpolitischen Irrsinn, den die einstigen Fed-Präsidenten Alan Greenspan und Ben Bernanke begonnen haben, nicht beenden. Für den Edelmetallsektor sind verantwortungslose Geldpolitiker rundum bullish.

Das bedeutet, dass die Draghis und Yellens dieser Welt mit ihrer verantwortungslosen Politik die Kurse im Edelmetallsektor in den kommenden Jahren unabsichtlich nach oben treiben werden. Das ist natürlich gut für Ihre Edelmetallpositionen im Depot, denn damit werden Sie dann sehr viel Geld verdienen. Positionieren Sie sich also jetzt. Mein Preisbänder-Indikator kann Ihnen dabei eine wertvolle Hilfe sein. Lernen Sie ihn und meine daraus abgeleiteten Kaufempfehlungen kennen, [indem Sie noch heute Krisensicher Investieren 30 Tage kostenlos testen.](#)

Ich wünsche Ihnen ein sonniges Wochenende, bis nächsten Freitag

Ihr



Claus Vogt, Chefredakteur Krisensicher Investieren

P.S.: Die Bearmarketrally an den Aktienmärkten ist vorbei. Verdienen Sie jetzt auch wieder an fallenden Kursen. Der von uns empfohlene Nikkei-Short ist bereits mit 46% im Plus!

[Schützen und mehren Sie Ihr Vermögen und testen Sie noch heute KRISENSICHER INVESTIEREN 30 Tage kostenlos.](#)

Claus Vogt, der ausgewiesene Finanzmarktexperte, ist zusammen mit Roland Leuschel Chefredakteur des kritischen, unabhängigen und konträren Börsenbriefs Krisensicher Investieren.

2004 schrieb er ebenfalls zusammen mit Roland Leuschel das Buch "Das Greenspan Dossier" und die „Inflationsfälle“. Mehr zu Claus Vogt finden Sie [hier](#).

Was machen eigentlich ... meine Steuergroschen? (17.06.2016)

Autor: Gotthilf Steuerzahler

Wie der deutsche Staat die Infrastruktur zerfallen lässt

Liebe Leserinnen und Leser,

seit Jahren stellen Bund, Länder und Kommunen viel zu wenig Geld für den Erhalt der öffentlichen Infrastruktur bereit. Es hat sich ein gewaltiger Investitionsstau gebildet, aber die Politik unternimmt kaum etwas, um ihn abzubauen. Hier müsste dringend umgesteuert werden, um eine weitere Erosion der öffentlichen Infrastruktur zu verhindern. Denn eine gut funktionierende Infrastruktur ist eine Grundvoraussetzung zur Schaffung von Wohlstand. Wer sie verfallen lässt, ebnet den Weg für einen anhaltenden Wohlfahrtsverlust der Bevölkerung.

Eine wesentliche Aufgabe des Staates ist die Bereitstellung von dauerhaften Wirtschaftsgütern, die für das Funktionieren und die Entwicklung einer Volkswirtschaft nötig sind. Gemeint ist damit die materielle Infrastruktur, das sind die Verkehrsnetze, die öffentlichen Gebäude sowie die Versorgungs- und Entsorgungseinrichtungen, ohne die ein modernes Gemeinwesen nicht existieren kann.

Daneben gibt auch noch eine immaterielle Infrastruktur, zu der das Bildungswesen gehört, sowie eine institutionelle Infrastruktur, also die öffentliche Verwaltung und die Rechtsordnung, für welche der Staat ebenfalls zuständig ist. Von Letzteren soll nachstehend aber nicht die Rede sein.

Um die materielle Infrastruktur herzustellen und zu erhalten sind Investitionen in erheblichem Umfang erforderlich. Aus den investiven Ausgaben von Bund, Ländern und Kommunen werden schwerpunktmäßig Baumaßnahmen finanziert. Investitionen in die öffentliche Infrastruktur verbessern die Rahmenbedingungen der Unternehmen und tragen damit indirekt zum Wachstum der Wirtschaft bei.

Deutschland investiert weniger als andere Industrieländer

Die Investitionsausgaben der öffentlichen Hand sind in Deutschland seit Jahren rückläufig. Eine vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie beauftragte Expertenkommission hat in ihrem Abschlussbericht vom April 2015 als zentrale Schwäche des öffentlichen Bereichs die fehlende Erhaltung der öffentlichen Infrastruktur in den letzten Jahrzehnten ausgemacht.

Nur zum Teil lasse sich der Rückgang der staatlichen Investitionsausgaben dadurch erklären, dass Unternehmen privatisiert worden seien und damit ihre investiven Ausgaben nicht mehr dem Staatssektor, sondern dem Unternehmenssektor zugerechnet würden. Das höhere Investitionsniveau Deutschlands in den 1990er Jahren sei zwar zum Teil auf die Wiedervereinigung zurückzuführen. Dennoch zeige der internationale Vergleich, dass sich die staatlichen Investitionen in Deutschland nicht nur im Zeitverlauf schlechter entwickelt hätten, sondern im Gesamtniveau deutlich niedriger lägen als in anderen Industrieländern.

Die Kommunen stecken in einem Teufelskreis

Insbesondere die Kommunen, die am nächsten an den Bürgern und deren Bedürfnissen dran sind, haben ihre Investitionsausgaben deutlich zurückgefahren. Tätigten die Städte und Gemeinden in früheren Zeiten zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen, ist dieser Wert zwischenzeitlich auf ein Drittel zurückgegangen. Im Jahr 2015 schätzte die Kreditanstalt für Wiederaufbau den Investitionsrückstand bei den Kommunen auf 132 Milliarden Euro.

Viele Kommunen investieren deshalb zu wenig, weil sie einen Großteil ihrer Einnahmen für Sozialleistungen ausgeben müssen. So entsteht ein Teufelskreis, aus dem sich die betroffenen Städte und Gemeinden nicht lösen können: Sie haben hohe Sozialausgaben, weil bei ihnen viele Hartz-IV-Empfänger leben, denen sie eine Wohnung und die Heizkosten bezahlen müssen. Darum fehlt ihnen an anderer Stelle das Geld für Investitionen. Und weil sie nicht investieren können, verlieren sie an Attraktivität und es wird schwieriger für sie, Unternehmen für eine Ansiedlung zu gewinnen.

Enormer Sanierungstau im Hochschulbereich

Aber auch im Bereich des Bundes und bei den Ländern entfällt ein immer kleinerer Anteil der Haushaltsmittel auf investive Ausgaben. Beim Bund sind es derzeit etwa acht Prozent, bei den Ländern im Durchschnitt etwa fünf Prozent des jeweiligen Haushalts, die für Investitionen zur Verfügung stehen, teilweise sogar mit sinkender Tendenz.

Überall reichen die Mittel für die Bauunterhaltung bei weitem nicht aus, um den bestehenden Sanierungstau aufzulösen. Bei den Hochschulen und Universitätskliniken beispielsweise lässt sich die Situation nur noch als dramatisch beschreiben. Hier besteht ein Sanierungsbedarf in einer Größenordnung von mehr als 50 Milliarden Euro. Nur ein Bruchteil der erforderlichen Mittel ist in den nächsten Jahren für den Hochschulbereich vorgesehen.

Kein Geld für die Verkehrsinfrastruktur

Dass Straßen und Brücken bundesweit oftmals in einem miserablen Zustand sind, hat sich inzwischen herumgesprochen. Der zusätzlich erforderliche Finanzierungsbedarf für die Verkehrsinfrastruktur wird auf jährlich über sieben Milliarden Euro geschätzt. Wegen der wachsenden Unzufriedenheit der Bevölkerung mit diesem unhaltbaren Zustand reagiert die Politik allmählich und stellt etwas mehr Geld für die Sanierung von Straßen und Brücken bereit. Das reicht aber bei weitem nicht aus. Da versteht es sich fast von selbst, dass für zukunftsgestaltende Investitionsmaßnahmen wie den Breitbandausbau, der im digitalen Zeitalter von enormer Bedeutung ist, nur geringe Finanzmittel zur Verfügung stehen.

Unterlassene Investitionen belasten zukünftige Generationen

Es bleibt festzuhalten, dass zu viele Steuergelder für konsumtive Zwecke verwendet werden, während die investiven Ausgaben nicht ausreichen, um die Substanz der öffentlichen Infrastruktur zu erhalten. Ihren Grund hat diese ungesunde Entwicklung in dem Spardruck, der auf Bund, Ländern und Kommunen in den letzten Jahren lastete. Anstatt ihre konsumtiven Ausgaben zu verringern, haben die Gebietskörperschaften unsinnigerweise ihre Investitionen zurückgefahren und dabei einen realen Verzehr des Staatsvermögens in Kauf genommen.

Dabei führen unterlassene Erhaltungs- und Ausbauinvestitionen ebenso zu einer Belastung künftiger Generationen wie ein weiterer Anstieg der öffentlichen Verschuldung. Es hätten durchaus Einsparmöglichkeiten bei konsumtiven Ausgaben bestanden, zum Beispiel im Bereich der Förderungen, wo viele bezuschusste Maßnahmen schlichtweg überflüssig sind. Wegen der zu erwartenden Proteste hat die Politik diesen Weg aber nicht beschritten. Stattdessen hat sie die investiven Ausgaben reduziert, was für die Bürger nicht sofort, sondern erst mit Zeitverzögerung spürbar wird.

Die Substanz des öffentlichen Vermögens muss erhalten bleiben

Der Sparkurs zu Lasten der öffentlichen Infrastruktur darf nicht fortgesetzt werden! Die politisch Verantwortlichen bei Bund, Ländern und Kommunen müssen zumindest so viel investive Mittel bereitstellen, dass die Substanz des öffentlichen Vermögens erhalten bleibt. Ansonsten droht eine Erosion der öffentlichen Infrastruktur, welche die Handlungsfähigkeit des Staates und seine Einnahmehasis erheblich beeinträchtigen wird. Dass es hier zu einem Kurswechsel kommt, liebe Leserinnen und Leser, und wieder mehr Geld für öffentliche Investitionen zur Verfügung steht, darauf wartet sehnsüchtig

Ihr

Gotthilf Steuerzahler

Dieser Text stammt aus dem kostenlosen Newsletter [Claus Vogt Marktkommentar](#).

Claus Vogt, der ausgewiesene Finanzmarktexperte, ist zusammen mit Roland Leuschel Chefredakteur des kritischen, unabhängigen und konträren Börsenbriefs [Krisensicher Investieren](#).

2004 schrieb er ebenfalls zusammen mit Roland Leuschel das Buch "Das Greenspan Dossier" und die „Inflationsfälle“. Mehr zu Claus Vogt finden Sie [hier](#).